

Freytag, Andreas; Rebeggiani, Luca

Research Report

Ein Neustart für Deutschland: Reform-Impulse für 2025

Streiflicht VWL, No. 15

Provided in Cooperation with:

KCV KompetenzCentrum für angewandte Volkswirtschaftslehre, FOM Hochschule für Oekonomie & Management

Suggested Citation: Freytag, Andreas; Rebeggiani, Luca (2025) : Ein Neustart für Deutschland: Reform-Impulse für 2025, Streiflicht VWL, No. 15, FOM Hochschule für Oekonomie & Management, KCV KompetenzCentrum für angewandte Volkswirtschaftslehre, Essen

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/315651>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Ein Neustart für Deutschland – Reform-Impulse für 2025

von

Andreas Freytag

Friedrich-Schiller-Universität Jena, Stellenbosch University und CESifo Research Network

Luca Rebeggiani

FOM Hochschule

KCV KompetenzCentrum für angewandte Volkswirtschaftslehre

Schlagwörter

Wirtschaftspolitik, Ordnungspolitik, Bürokratie

Abstract

Kurz vor der Bundestagswahl im Februar 2025 befindet sich die Bundesrepublik in einer der schwersten Wirtschaftskrisen ihrer Geschichte. Im vorliegenden Beitrag skizzieren wir die groben Linien eines umfassenden wirtschaftspolitischen Reformprogramms, wobei wir an Erkenntnisse und Pläne anknüpfen, über die in weiten Teilen der ökonomischen Forschung und von Trägern der Wirtschaftspolitik Konsens herrscht. Unser Hauptfokus liegt daher in der praktischen Ausgestaltung des Reformprogramms: Dieses sollte von der neuen Bundesregierung so früh wie möglich in der Legislaturperiode und mit Entschlossenheit auf breiter Front vorangebracht werden, um auch das Vertrauen der Bürger in die Tatkraft und Reformfähigkeit demokratischer Regierungen wiederherzustellen. Wir empfehlen hierbei eine Orientierung an den Reformenerfahrungen Australiens und Neuseelands in den 1980er Jahren, die diese Länder erfolgreich aus ebenfalls scheinbar unreformierbaren, verkrusteten Wirtschaftssystemen herausgeholfen haben.

English Abstract

Shortly before the federal elections in February 2025, the Federal Republic of Germany is facing one of the worst economic crises in its history. In this article, we outline the broad lines of a comprehensive economic policy reform programme, drawing on findings and plans on which there is consensus in large parts of economic research and among economic policy-makers. Our main focus is therefore on the practical design of the reform programme: this should be allowed to advance by the new federal government as soon as possible in the legislative period and with determination on a broad front in order to restore citizens' confidence in the drive and ability of democratic governments to implement reforms. We recommend that the reform experiences of Australia and New Zealand in the 1980s, which successfully helped these countries out of seemingly unreformable, encrusted economic systems, be used as a guide.

Der Befund: Die Sklerose der deutschen Wirtschaft

Die Bundesrepublik Deutschland steckt am Vorabend der Bundestagswahl 2025 in einer der schwersten ökonomischen, aber auch politischen Krisen seit ihrer Gründung vor 75 Jahren. Interne Selbstblockaden in der Verwaltung, dem Bildungssystem, der Klima- und Energiepolitik, der Steuerpolitik, der Sozialpolitik sowie übermäßige Regulierungen und Berichtspflichten, so die Analyse vieler Beteiligten, behindern die Entfaltung der Produktivkräfte weiter Teile der Bevölkerung.¹ Dies führt auf der einen Seite zu mangelnder ökonomischer Performance, wie sich an der Entwicklung der wichtigsten makroökonomischen Indikatoren zeigt, aber auf der anderen Seite auch zu einer zunehmenden Unzufriedenheit mit einem von vielen Bürgern als übergriffig empfundenen Staat (Münch, 2024). Diese Verwerfungen kommen zur Unzeit, da das Land alle erdenklichen Kräfte benötigt, um die großen externen Herausforderungen durch den Klimawandel, eine neue Rivalität sehr unterschiedlicher Gesellschaftssysteme sowie unmittelbare Bedrohungen seiner Sicherheit zu bewältigen. Noch mehr als frühere Krisen ist die aktuelle als besonders schwer zu bewerten, weil sie struktureller und nicht konjunktureller Natur ist und außerdem Probleme aufwirft, die umfassende und tiefgreifende Lösungen erfordern, etwa bei der Neuausrichtung der Industriepolitik oder der Reform der Sozialversicherungssysteme. Im Gegensatz zu anderen Strukturkrisen der bundesrepublikanischen Geschichte, wie den Ölkrisen der 1970er Jahre oder der Situation 2002/03, die eine Phase politischer und ökonomischer Neuausrichtungen auslösten, ist aber ein solch unbedingter Reformwille in der politischen Praxis bislang nicht erkennbar.

Während in den (sozialen) Medien diese Fragen zu einem sich deutlich verschärfenden Diskussionston führen, sollen in diesem Beitrag keine Schuldfragen gestellt werden. Direkt Verantwortliche für die krisenhafte Zuspitzung sind ohnehin schwer zu identifizieren. Im Gegenteil lässt sich allen Akteuren in ihren jeweiligen Bereichen wohl unterstellen, ihre Aufgaben bestmöglich erledigen zu wollen. Dieses Bestreben wird allerdings dadurch unterlaufen, dass sowohl bei der Diagnose der Probleme als auch bei der Veränderungsbereitschaft bei vielen Verantwortlichen die nötige **Fokussierung auf Sachthemen** zu fehlen scheint.² Diese würde es erfordern, die Ergebnisse vieler politischer Maßnahmen des letzten Jahrzehntes, insbesondere in den Bereichen Industrie-, Sozial- und Migrationspolitik, kritisch zu hinterfragen und ideologiefrei zu bewerten. Wie wir in diesem Kurzbeitrag zeigen (und uns dabei auf eine große Anzahl von Erfahrungsberichten und Forschungsergebnissen stützen), kann es daher eigentlich keine Alternative zu einem beherzten ordnungspolitischen Gegensteuern der neuen Regierung geben. Stattdessen vermitteln gerade die Mitglieder der 2025 aus dem Amt gehenden Bundesregierung den Eindruck, alles liefe bestens und es fehle nur an Geld (Aussetzung der Schuldenbremse, Vermögensteuer) und klaren staatlichen Vorgaben, wie und wo zu investieren sei, um die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen.³ Der in den Jahren der Ampelkoalition, insbesondere des Bundeswirtschaftsministers, gefahrene Kurs eines zunehmenden staatlichen Dirigismus (Feld et al., 2024; Rebegiani, 2024) soll scheinbar unbeirrt fortgesetzt werden, obwohl die ökonomischen Resultate einen raschen Wechsel nahe legen.

¹ Erfahrungsberichte von durch übermäßige Regulierung überforderten Unternehmen waren zuletzt fast täglich in den Medien zu lesen, siehe z. B. John (2025) und Krohn (2025). Auch die jährliche Umfrage des ifo Instituts unter Familienunternehmen ergab die Themen Bürokratie- und Steuerbelastung sowie die Energiepolitik als größte Sorgen (Licht et al., 2025). Die Stimmungslage vieler Bürgermeister im Vorfeld der Bundestagswahl ist ebenfalls düster, wobei auch hier die Finanznot und die Überregulierung als besonders problematisch genannt werden (Exner et al., 2025).

² So waren große Teile des Wahlkampfes im Winter 2024/25 eher von symbolpolitischen Debatten geprägt, gerade nach den CDU-Anträgen zur Migrationspolitik im Januar 2025, während viele Zukunftsthemen, die die Bundesrepublik entscheidend prägen werden, eine erstaunlich kleine Rolle spielten (Knop, 2025; Müßgens, 2025).

³ Dieses Urteil legen die Wahlprogramme der SPD und der Grünen, wie sie im Dezember 2024/Januar 2025 präsentiert wurden, nahe, wo u. a. von einem Deutschlandfonds für Investitionen (mit kreditfinanzierter staatlicher Beteiligung) und einem ebenfalls öffentlich finanzierten „Made in Germany“-Bonus für Investitionen die Rede ist.

Hinzukommt, dass viele dieser Regeln nicht allen Beteiligten Probleme bereiten, sondern für einige Akteure mit großen Vorteilen einhergehen, die sie nicht verlieren wollen. Dies ist dann der Fall, wenn Regeln Unternehmen oder Wirtschaftszweige bewusst oder unbewusst vor Wettbewerb schützen, zum Beispiel Regeln des Eintritts in den lokalen Markt für Personentransporte oder langandauernde Genehmigungsverfahren für neue Produkte. Wenn jede Gruppe an ihren Privilegien festhalten will, entsteht eine gesellschaftliche Sklerose⁴ selbst dann, wenn jedes Problem für sich genommen nur marginal wirkt. Mancur Olson (1982) hat dies in seinem Buch „Aufstieg und Fall von Nationen“ bereits vor über 40 Jahren vorgezeichnet.

Genau an diesem Punkt ist Deutschland zum Jahreswechsel 2024/25 angelangt. In den vergangenen Jahren ist jede einzelne Reformmaßnahme von den Gewinnern des Status Quo abgelehnt worden – sei es im Verwaltungshandeln, sei es in der Gesundheitsversorgung, sei es in der Energiepolitik, um nur einige zu nennen.⁵ Die Konsequenzen sind nicht nur ökonomischer Natur. Es drohen auch anschließend politische Verwerfungen. Denn wenn Deutschland weiterhin wirtschaftlich stagniert, die Zahl der Unternehmensaufgaben und der Arbeitslosen steigt und die deutschen Unternehmen hierzulande nicht mehr investieren, werden die Erwartungen – gerade junger Menschen – sich weiter verdüstern. In einer solchen Situation haben es populistische Parteien des rechten und linken Spektrums besonders leicht, an der Wahlurne zu punkten. Wenn die Demokratie und der Wohlstand bewahrt werden sollen, muss die wirtschaftliche Lage sich in den kommenden Jahren deutlich verbessern (Freytag, 2023a). Zudem sollte die neue Regierung dafür Sorge tragen, dass die zuletzt stark empfundene **Lücke zwischen Rhetorik und tatsächlicher Politikumsetzung** („Doppelwumms“; „im großen Stil abschieben“) verringert wird.⁶ Auch der politischen Kommunikation wird daher bei den hier skizzierten Reformvorhaben eine große Bedeutung zukommen, weil sich gerade an dieser zuletzt die Polemik populistischer Medien und Parteien entzündet hat. Es bedarf also einer klaren Ansprache unter deutlicher **Benennung der Kosten und Nutzen** einer Reform im Vergleich zum Weiter-so. Man darf davon ausgehen, dass die meisten Bürger die Notwendigkeit von Veränderungen längst begriffen haben. Der Boden ist bereitet.

Das Vorbild: Die Erfahrungen Australiens und Neuseelands in den 1980er Jahren

Auf der Suche nach Vorbildern für das notwendige Reformprogramm in Deutschland lohnt sich ein Blick auf die Erfahrungen anderer Länder. Als Beispiele für ähnlich ambitionierte Reformpakete, die erfolgreich umgesetzt wurden, werden häufig Australien und Neuseeland genannt, die in den 1980ern ihre Wirtschaftspolitik dramatisch reformierten (O’Quinn & Ashford, 1996; Massey, 1995). Vor allem für Neuseeland bedeutete der Beitritt Großbritanniens in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft 1973 das Wegbrechen des wichtigsten Exportmarktes. Australien war schon damals sehr abhängig vom Export seiner Rohstoffe. In beiden Ländern stauten sich in den frühen 1980er Jahren Strukturprobleme auf; die heimische Wirtschaft in beiden Ländern war stark vor ausländischer Konkurrenz geschützt, der Staat war sehr aktiv direkt in das Wirtschaftsgeschehen einbezogen, die Währung war real überbewertet. Die Reformen waren angebotspolitisch ausgerichtet, sie folgten im Wesentlichen dem damals weithin anerkannten Washington Consensus (Williamson, 2008), enthielten also unter

⁴ Als Sklerose wird hier (in Olsons Vokabular) die Unfähigkeit von Nationen zu institutionellem Wandel aufgrund zunehmender Aktivitäten von Interessenverbänden verstanden, die langfristig das Wirtschaftswachstum negativ beeinflusst. Siehe dazu bspw. die Diskussion in Bischoff (2001) und Höpner (2007).

⁵ Beispielhaft sei hier das zähe Ringen der Parteien und der verschiedenen politischen Ebenen mit dem Thema Bürokratieabbau genannt (Gelinsky & Kafsack, 2025).

⁶ Die Autorin und Verfassungsrichterin Juli Zeh (SPD-Mitglied) bezeichnete diese Rhetorik als „Kita-Sprech“ (Schlieben, 2024).

anderem eine Deregulierung des Arbeitsmarktes, eine Freigabe der Wechselkurse, die Stabilisierung der Geldpolitik und die Liberalisierung des Außenhandels (Kasper, 1996).

Die Reformpakete in beiden Ländern folgten somit einem Paradigmenwechsel, beide waren umfassend, und beide begannen unmittelbar nach den Wahlen, also schnell. Und in beiden Fällen waren die entscheidenden Politiker sehr populär und mit großer Mehrheit ausgestattet. Dies waren Premier Bob Hawke und Finanzminister Paul Keating in Australien (Garnaut, 1994) sowie Premier David Lange und Finanzminister Roger Douglas in Neuseeland. Letzterer arbeitete eng mit zwei Vertrauten in einer sog. Troika zusammen, sein Programm wurde unter dem Namen Rogernomics bekannt. Die Popularität der Akteure dürfte zur Geduld des Publikums beigetragen haben. Denn es dauerte in beiden Fällen beinahe jeweils eine Dekade, bevor die Erfolge nachhaltig waren – einzelne Indikatoren (Arbeitslosigkeit in Australien, Inflation in Neuseeland) verbesserten sich schnell, aber es gab auch Rückschläge zu verzeichnen (Bollard, 1994).

Es waren überdies jeweils sozialdemokratische, in diesem Fall Labour-Regierungen, die die Reformen durchführten, was die Glaubwürdigkeit angebotspolitisch ausgerichteter Reformpakete steigerte. Denn dieser Widerspruch zwischen genereller politischer Ausrichtung der Regierung und der Ausrichtung der Reform sendete ein starkes Signal über die Lage vor und die Notwendigkeit der Reform aus.⁷

Was tun in Deutschland?

Auch in der derzeitigen ökonomischen und politischen Situation der Bundesrepublik helfen inkrementelle Schritte nicht mehr. Stattdessen bedarf es eines **fundamentalen Reformpakets**. **Drei Elemente** einer solchen Strategie, die wir der nächsten Bundesregierung empfehlen, sind unseres Erachtens für Deutschland in seiner aktuellen Lage von besonderer Relevanz:

1. Die Bundesregierung muss **umfassend vorgehen**. Anstatt mühsam einzelne Maßnahmen umzusetzen, muss sie sämtliche strukturellen Probleme auf einmal angehen. So lässt sich der Widerstand einzelner Interessengruppen gegen die Reform überwinden, indem sämtliche Interessengruppen getroffen – mithin gegeneinander ausgespielt – werden. Man kann es auch anders formulieren: Jede Streichung von Privilegien wird Widerstand hervorrufen – da macht es Sinn, es sich mit allen Lobbyisten auf einmal zu verscherzen. Die erwähnten Erfahrungen in Neuseeland und Australien in den 1980ern können hier als Vorbilder dienen. Das zweite Argument dafür liefert von Weizsäcker (1998) mit dem Kriterium der Generalkompensation: Wenn wegen der Reichweite von Reformen sehr viele Bürger einmal als Produzenten verlieren und vielfach als Konsumenten gewinnen, können sich schnell viele von ihnen besserstellen – nicht zuletzt wegen der entfachten Dynamik nach den Reformen.
2. **Einigkeit, Überzeugung und Vertrauen in die Bürger** sind zentral, das wusste schon Ludwig Erhard (1957). Die Menschen sind sowohl den Streit und Wankelmut der Politik als auch die Bevormundung durch sie leid. Sie können gefordert werden; ihre Fähigkeiten sind groß. Und: Zur Freiheit gehört Verantwortung. Wer den Bürgern die Verantwortung nimmt, stiehlt ihnen die Freiheit und stärkt die politischen Ränder.
3. Die neue Bundesregierung muss **schnell handeln**. Denn Erfolge von Reformen stellen sich niemals sofort ein; es braucht Zeit, bis die Unternehmen und Bürger die Chancen erkennen und sich neu ausrichten. Allerdings ist es wahrscheinlich, dass bisher privilegierte Bereiche, Sektoren und Unternehmen schnell verlieren, wenn die Unterstützung endet. Das nennt die

⁷ Die *Agenda 2010* kann genauso interpretiert werden. Ein sozialdemokratischer Kanzler Schröder setzte ein angebotspolitisches Programm durch, das den Arbeitsmarkt stark belebte, allerdings auch die SPD die Regierung kostete.

Literatur den J-Kurven-Effekt wirtschaftspolitischer Reformen (z. B. Freytag & Renaud, 2007). So entsteht zunächst der Eindruck, die Reformen wirkten ausschließlich negativ. Je früher in der Legislatur die Maßnahmen ergriffen werden, desto eher besteht die Chance, dass ihre positiven Wirkungen sich noch in der Legislaturperiode realisieren.

Wie wahrscheinlich ist es, dass eine solche umfassende, überzeugte und schnelle Reform verfährt? Ein Argument ist die **Intensität der Krise**. Deutschland hat 2024 das zweite Jahr in Folge mit einer Rezession beendet, mit einem Rückgang des BIPs um 0,2 Prozent (Destatis, 2025), einer weiterhin vergleichsweise hohen Inflation (2,2 Prozent), mit einer trotz Ausweitung der öffentlichen Beschäftigung steigenden Arbeitslosigkeit (Bundesagentur für Arbeit, 2025) und vor allem mit einbrechenden privaten Ausrüstungsinvestitionen (-6,5 Prozent) und sehr pessimistischen Perspektiven für deutsche Schlüsselindustrien (ifo, 2025a). Zwei Jahre in Folge mit einem Rückgang des BIPs gab es zuletzt 2002/03, was damals bekanntlich Anlass für eine der umfassendsten Reformen der bundesrepublikanischen Geschichte war. International steht Deutschland damit übrigens ziemlich alleine dar: Nicht nur ist die Bundesrepublik derzeit weit von den Wachstumsraten der großen globalen Player wie China, Indien oder den USA entfernt, sondern schneidet auch deutlich schlechter ab als zweifellos reformbedürftige Ökonomien wie Frankreich oder Italien (IWF, 2024).

Auch wenn die 2025 scheidende Bundesregierung den Eindruck der Normalität vermittelt, zeigen ein Blick auf Statistiken und Umfragen und die immer zahlreicheren Aussagen deutscher Unternehmen, entweder aufgeben zu wollen oder Standortverlagerungen vorzunehmen, dass die Strukturprobleme in Deutschland sehr ernst sind und dringend der Abhilfe bedürfen.⁸ Der Politologe Karl Deutsch hat dafür den Begriff pathologisches Lernen geprägt – wenn die Lage nur schlecht genug ist, werden die Entscheidungsträger lernen.⁹

Ein zweites Argument ist eine **externe Restriktion**. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes (BVG) zum geplanten Bundeshaushalt 2024 und die damit verbundene Missachtung der Schuldenbremse aus dem Herbst 2023 kann als eine solche Restriktion verstanden werden. Anstatt über den Mangel an Geld zur Lösung aller Probleme zu klagen, könnte eine kluge Regierung dieses Urteil nutzen, um die Schuldigen für benötigte Reformen in Karlsruhe zu suchen und sich so gegen Kritik durch Teile der Bevölkerung oder durch Lobbyisten zu immunisieren (Freytag, 2023b). Auch das ist gegeben. Zusätzlich könnte die neue Bundesregierung ausländische Akteure in Stellung bringen, um Reformen zu begründen. Die russische Bedrohung, die Rivalität mit China sowie die zu befürchtende erratische und protektionistische Wirtschaftspolitik der zweiten Trump-Administration – und die damit verbundenen Schwierigkeiten des deutschen Exportmodells – können durchaus einen guten Hintergrund für umfassende Reformmaßnahmen bieten (Vaubel, 1991).¹⁰

Trotz der klaren Evidenz für eine intensive Strukturkrise in Deutschland zum Jahresende 2024 haben die politischen Entscheidungsträger jedoch nach wie vor ernsthafte Zweifel an der Reformbereitschaft der Bevölkerung. Deutschland hat es sich bequem eingerichtet in einer Situation des Stillstandes auf hohem Niveau. In der Tat kann nicht ausgeschlossen werden, dass eine alternde Bevölkerung wie die deutsche den Status Quo mehrheitlich für verteidigungswürdig hält und das Risiko von

⁸ Ein nur schemenhafter Überblick der Brandbriefe und Hilferufe von Unternehmern, Verbandsfunktionären sowie Lokalpolitikern würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen. Eine Übersicht über die Diskussionsbeiträge rund um den Jahreswechsel 2023/24 findet sich in Rebeggiani (2024). Für die Monate danach sei hier beispielhaft der Aufruf von Jörg Dittrich, Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, genannt (Dittrich, 2024).

⁹ Es ist klar, dass aus dieser Überlegung keine normative Empfehlung, die Krise lange nicht zu adressieren, generiert werden kann. Es wäre besser gewesen, hätte die 2025 scheidende Bundesregierung aktiv gelernt (Freytag & Renaud, 2007) und frühzeitig Reformen durchgeführt. Siehe auch John Williamson in seiner Einführung zu einer sehr lehrreichen Konferenz zu wirtschaftspolitischen Reformen im *Peterson Institute for International Economics* (Williamson, 1994).

¹⁰ Roland Vaubel (1991) spricht von einem Sündenbock, den die Politik für notwendige Reformen verantwortlich machen könnte. Die EU-Kommission oder der IWF haben diese Rolle in der Vergangenheit regelmäßig übernommen.

Strukturreformen scheut. Gleichzeitig sprechen viele Anzeichen dafür, dass die Menschen die Probleme erkannt haben und eine Lösung herbeisehnen. Etwaige Beharrungskräfte können mit überzeugend vorgetragene Reformplänen überwunden werden. Es ist der zukünftigen Regierung zu empfehlen, die kurzfristigen Kosten genauso wie die langfristigen Chancen zu benennen. Eine zaudernde Regierung kann das Ruder nicht herumreißen.¹¹

Das Reformpaket in den Grundzügen

Somit ist es Zeit für Veränderungen. Dabei kommt es nicht auf jedes Detail an. Überdies besteht kein Erkenntnisproblem. In zahlreichen Beiträgen haben Wissenschaftler, Politiker, Vertreter der Wirtschaft und Berater Reformvorschläge unterbreitet, die konkrete Maßnahmen aufzeigen.¹² Im Folgenden fassen wir die wesentlichen Ideen für Sofortmaßnahmen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, die wir im Grundsatz für richtig halten, zusammen. Insgesamt sehen wir **sieben Felder** für ein sinnvolles Reformpaket, für die wir einige Vorschläge vorstellen:

Vordringlich ist der **Bürokratieabbau**, damit die Unternehmen sich wieder auf ihren eigentlichen Schwerpunkt, die wirtschaftliche Betätigung, konzentrieren können (Falck et al, 2024). Zunächst schlagen wir einen Genehmigungsvorbehalt vor. Sollte bspw. ein Bauantrag oder der Antrag auf eine Gewerbeöffnung nach einigen Wochen nicht bearbeitet worden sein, gilt er als genehmigt; dies ist in einzelnen Bundesländern bereits im Gespräch, so in Schleswig-Holstein. Zweitens ist jedes Gesetz mit einem Verfallsdatum zu versehen, was auch als „Sunset Legislation“ bekannt ist (Freytag & Schuhmann, 2023). Um die Regeldichte zu begrenzen, sollten für jedes neue Gesetz darüber hinaus zwei bislang geltende gestrichen werden (nach dem Konzept *One in, two out*). Auch sind Einspruchsmöglichkeiten zu begrenzen, damit ein grundsätzlicher Vorrang für Infrastrukturvorhaben, insbesondere im Bereich der Digitalisierung, erreicht wird. Der einzige Sektor, der in letzter Zeit einen Beschäftigungswachstum erfahren hat, ist der öffentliche Dienst (Bauer et al., 2024). Er konkurriert mit privaten Unternehmen um knappe Arbeitskräfte und wird immer teurer, weshalb wir anregen, einen Einstellungsstopp im öffentlichen Dienst (Verwaltung) umzusetzen, in Verbindung mit Aufgabenkritik und der Möglichkeit, dienststrangadäquate Versetzungen vorzunehmen, um Lücken zu füllen. Zu diesem Thema gehört auch De- bzw. Reregulierung. Wir regen die Wiedereinrichtung einer Deregulierungskommission (für zwei Jahre) an, nach dem Beispiel der späten 1980er Jahre (Deregulierungskommission, 1991). Diese hat sich selber Märkte mit Deregulierungspotenzial ausgesucht, diese Potenziale sorgfältig untersucht und so erheblich zur De- bzw. Re-Regulierung beigetragen. Dort sollte die Überprüfung vieler Sektoren und der dort herrschenden Regeln stattfinden. Besondere Aufmerksamkeit sollte der Wohnungsmarkt erfahren, da dieser in den letzten Jahren offensichtliche Regulierungsmängel offenbart hat und dabei eine große soziale Sprengkraft entfaltet.

In diesem Zusammenhang sollte die Bundesregierung die Einrichtung von Sonderwirtschaftszonen (SWZ) prüfen (Cantner et al., 2024; Stiftung Arbeit und Umwelt, 2018); Landkreise oder Städte könnten beispielsweise Regulierungen, z. B. im Mietrecht, weniger restriktiv auslegen, Genehmigungen beschleunigen, und Berichtspflichten aussetzen. Vorbild könnte die Entwicklung in Dallas/Texas sein, wo die lokalen Behörden wirtschaftspolitische Freiräume genutzt haben, die zu einem Investitionsboom

¹¹ In diesem Zusammenhang kann wiederum Erhard (1957) als Kronzeuge gelten.

¹² Auch hier würde ein auch nur schemenhafter Überblick über die Reformempfehlungen von Seiten der Wissenschaft und der Politik jeglichen Rahmen sprengen. Beispielhaft sei hier das Januarheft 2025 vom *ifo Schnelldienst* genannt (ifo, 2025b), in dem in mehreren Aufsätzen die meisten der in diesem Kurzbeitrag behandelten Themen (Bürokratieabbau, Reform der Rentenversicherung etc.) behandelt werden. Auffallend häufig standen zuletzt in wissenschaftlichen und politischen Reformempfehlungen ordnungspolitische Themen, insb. der Bürokratieabbau, im Fokus. Siehe dazu bspw. den Beitrag von Feld et al. (2024), die vor weiteren Interventionen warnen. Rebeggiani (2024) zeigt die Probleme auf, die mit der Überbürokratisierung Deutschlands einhergehen und weist den Weg zu einem radikalen Abbau von Regulierungen.

und Beschäftigungszuwachs führten: So wird keine Unternehmensteuer erhoben, Infrastrukturinvestitionen finden sehr schnell statt, Firmengründungen erfordern weder Zeit noch Aufwand, die soziale Infrastruktur wird sehr gepflegt (The Economist, 2024). Zwar ist es nicht vorstellbar, dass in Deutschland so radikal wie in Texas gehandelt würde, aber dennoch könnten SWZ zu einem Standortwettbewerb mit Potenzial für bessere Regeln innerhalb Deutschlands führen.

Schließlich regen wir an, den Bürokratieabbau mit einem Moratorium aller Berichtspflichten voranzutreiben. In der mittleren Frist sollte die Bundesregierung die umfangreichen Berichtspflichten umwandeln, sodass die – z. B. im Zusammenhang mit dem Lieferkettengesetz mitzuteilenden – Informationen in überschaubarer Zeit zu liefern wären, jedoch nur, wenn eine Behörde danach fragt. Sie sollten aber nicht in Papierform regelmäßig abgeliefert werden.

In der Politik scheint das Thema **Subventionsabbau** gerade keine Rolle zu spielen. Dabei bietet die Reduzierung der in Deutschland geleisteten Subventionen von etwa 200 Mrd. Euro pro Jahr¹³ erhebliches Potenzial zur Generierung neuer Mittel für Steuersenkungen und Investitionen in Infrastruktur und Digitalisierung (siehe unten). Subventionen werden in der Regel an Unternehmen gezahlt, die gerade nicht erfolgreich sind. Die Idee des *Picking Winners* durch Subventionen mag politisch attraktiv sein, vermittelt sie den politischen Akteuren doch das Gefühl, etwas Sinnvolles zu tun. Leider ist es schwer für staatliche Behörden, die positiven Effekte zu gewährleisten, weil sie das Wissen dafür nicht haben können – und es sich somit anmaßen müssten (Hayek, 1975). Nicht zuletzt deshalb beobachten wir die triste Realität der Bevorzugung der Verlierer.¹⁴ Um den Prozess des Subventionsabbaus in Gang zu bringen, greifen wir die in den Kieler Berichten mehrfach beschriebene Rasenmähermethode auf, d.h. es würde ab 2025 jedes Jahr eine Kürzung von 10 Prozent der im Vorjahr gezahlten Beträge für alle Empfänger stattfinden. Zudem sollte die Regierung subventionierten Unternehmen vorschreiben, die Vorstandsgehälter zu deckeln, z. B. bei 500.000 Euro p.a.; so handhabte es die Bundesregierung bei der Unterstützung der Commerzbank nach der Globalen Finanzkrise. Die vom Umweltbundesamt für 2018 mit über 65 Mrd. Euro angegebenen klimafeindlichen Subventionen (Burger & Bretschneider, 2021) können stärker reduziert werden, z. B. mit 20 Prozent pro Jahr.

Eng verbunden mit der Beihilfepolitik ist die **Steuerpolitik**. Hier ist eine Senkung der Unternehmenssteuern (Schön, 2024) sowie der Einkommensteuer in Verbindung mit der Verbreiterung der Bemessungsgrundlage genauso vordringlich wie die Abschaffung des Solidaritätszuschlags. Die steuerliche Förderung von Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten (F&E) kann dabei am einfachsten mit breiteren Abschreibungsmöglichkeiten für F&E-Aufwendungen erreicht werden. Dies kann einen Verlustvor- und -rücktrag und insgesamt Abschreibungen von mehr als 100 Prozent beinhalten.

In Verbindung mit Deregulierungen und den fälligen **öffentlichen Investitionen in Infrastruktur und Digitalisierung**, die erheblich gesteigert werden sollten, kann eine schlüssige Steuerpolitik auch private Investitionen wieder steigern. Da zuletzt die in Deutschland besonders hohen Energiepreise gerade für die Industrie eine der Hauptbremsen für die Investitionstätigkeit und die Produktion waren, bedarf es dazu aber auch einer **Neuordnung des Energiemarkts**, mit einer Regionalisierung des Strompreises und der Abschaffung der Energiesteuer in Verbindung mit einer Rationalisierung der Klimapolitik (Weimann, 2024; Frondel, 2025) hin zur konsequenten Bepreisung der

¹³ Wir folgen hier der Definition des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, wie sie in den Kieler Subventionsberichten seit über 20 Jahren genutzt wird (siehe beispielhaft Laaser & Rosenschon, 2024). Die dort ausgewiesenen Subventionen sind höher als im Subventionsbericht der Bundesregierung, aber sehr glaubhaft. In einigen Ausgaben wurden die Subventionen mit Hilfe einer Ampel kategorisiert, um die Sinnhaftigkeit zu überprüfen. Selbst wenn man die Bewertung des Instituts nicht in jedem Fall teilt, fällt doch auf, wieviele Subventionen ökonomisch wenig Sinn ergeben.

¹⁴ Ein weiterer Grund ist die Lobbyarbeit gut vernetzter Unternehmen und Sektoren (Olson, 1982). Allein wegen dieser Gefahr sollte die Politik weniger auf direkte Interventionen und mehr auf klare, aber einfache Regeln, die vor allem für die Politik gelten, setzen.

Treibhausgasemissionen bei Technologieneutralität in der Klimapolitik, mit der Förderung paralleler Forschung an grundsätzlich allen denkbaren alternativen Technologien in oben beschriebener Weise.

Die Reformen der Wirtschaftspolitik sollten durch entsprechende Neuregelungen in der **Sozialpolitik** unterstützt werden. Wichtig wäre insbesondere, damit aufzuhören, die Arbeit für Teile der Mittelschicht durch zu großzügige Transferzahlungen unattraktiv zu machen, einschließlich verzerrender Unterstützung auf dem Wohnungsmarkt, die Geringverdiener mit Jobs benachteiligt. Die Neuordnung des Bürgergeldes ist genauso voranzutreiben wie eine Flexibilisierung des Renteneintrittsalters, als mindeste Maßnahme einer Rentenreform (Werdning et al., 2024). Dass weiterhin etwa ein Viertel des Bundeshaushalts für die Finanzierung der gesetzlichen Rente aufgebracht werden muss, stellt die vielleicht größte ordnungspolitische Schieflage dar, auch weil in den kommenden Jahren durch den Renteneintritt der Baby-Boomer die Finanzierungsprobleme der gesetzlichen Rentenversicherung deutlich zunehmen werden (DRV, 2023; Raffelhüschen, 2025).¹⁵ Generell sollten die Sozialversicherungssysteme perspektivisch stärker an demographischen Erfordernissen ausgerichtet werden, bspw. durch die stärkere Einbeziehung der Kinder in die Beitragsberechnungen.¹⁶ Dies würde nicht nur langfristig ihre Finanzierung auf solidere Beine stellen, es wäre möglicherweise ein wirksameres Mittel zur Steigerung der Geburtenrate als die vielen zuletzt diskutierten, kleinteiligen und bürokratieintensiven Programme wie die Kindergrundsicherung. Auch die **Migrationspolitik** als größter Streitpunkt der letzten Jahre und hauptverantwortlich für den Aufstieg populistischer Parteien sollte zügig durch wenige, gezielte Reformen umgestaltet werden, wie es z. B. in Dänemark und Schweden auch unter sozialdemokratischer Führung längst geschehen ist (Parusel, 2024): Erleichterung für die Migration in Mangelberufen, Abkehr von der Politik de facto offener Grenzen mit der konsequenten Ausrichtung der Integrationspolitik für Asylsuchende auf eine Integration in den Arbeitsmarkt. Letztere ist, wie die Erfahrungen mit den sogenannten Gastarbeitern in den 1960er und 1970er Jahre deutlich gezeigt haben, ohnehin eine unabdingbare Voraussetzung für die Integration in die Gesellschaft.

All diese Maßnahmen wirken noch überzeugender, wenn es gelingt, die europäische Zusammenarbeit zu stärken und die nicht nur in Deutschland, sondern im Prinzip auch in den meisten europäischen Partnerländern sichtbaren Strukturprobleme anzugehen – dazu zählt insbesondere der weiterhin scheinbar ungehemmte Regulierungsdrang der Europäischen Kommission. Der Draghi-Report zur Zukunft der europäischen Wettbewerbsfähigkeit (Europäische Union, 2024) identifiziert die richtigen Hürden europäischer Wettbewerbsfähigkeit, namentlich (1) eine Innovationslücke zu den USA, aber auch in Teilen zu China, (2) ein fehlender Zusammenhang zwischen den klimapolitischen Anstrengungen und Wettbewerbsfähigkeit in der EU sowie (3) steigende Abhängigkeit von Dritten mit der Folge sicherheitspolitisch offener Flanken. Dem ist zuzustimmen, jedoch ist das ausführlich vorgestellte Arbeitsprogramm wiederum sehr staatsgläubig und damit wieder anfällig für das oben beschriebene Problem der Anmaßung von Wissen.

Fazit: Die neue Bundesregierung hat allen Anlass zu handeln

Um es mit dem aktuell regierenden Bürgermeister Berlins Kai Wegner auszudrücken: Die demokratischen Parteien in Deutschland haben „genau noch einen Schuss frei“ (Latz, 2025). Die Bundestagswahl

¹⁵ So wird im Zeitraum 2020–2040 ein weiterer Anstieg des Altenquotienten um 8,6 auf 43,4 erwartet (DRV, 2023). Damit stünden 100 Menschen im Erwerbsalter 43,4 Menschen im Rentenalter gegenüber – fast doppelt so viele wie noch 1990.

¹⁶ Drei der fünf Gesetzlichen Sozialversicherungen (die Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung) befanden sich Ende 2024 in einer finanziellen Notlage (bspw. verzeichnete die Pflegeversicherung ein Defizit von 1,55 Mrd. EUR), die zwar verschiedene Ursachen hat, aber in allen drei Fällen stark vom demographischen Wandel getrieben wird. Die notwendige Anhebung der Beiträge in der GKV und der GPV für 2025 belastet nicht nur die Versicherten, sondern erhöht (aufgrund der paritätischen Finanzierung) auch die Lohnnebenkosten, sodass sie sich negativ auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands auswirkt.

im Februar 2025 könnte die letzte sein, bei der nicht eine populistische Partei stärkste Kraft wird. Dies gilt insbesondere dann, wenn in den nächsten Jahren keine Trendumkehr gelingt und die zuletzt erlebte Entwicklung mit stagnierendem BIP, steigender Anzahl von Unternehmensinsolvenzen, zunehmender bürokratischer Drangsalierung von Bürgern und Unternehmen und steigenden Defiziten der Sozialversicherung weitergeht. Daher mahnen wir in diesem kurzen Papier zu einem entschlossenen Herumreißen des (wirtschafts-)politischen Steuerrads. Die hier grob skizzierten Reformen stehen in der Tradition klassischer ordoliberalen Ökonomik, die zumindest in weiten Teilen der Fachwelt konsensfähig ist. Unser Hauptanliegen ist daher die notwendige Entschiedenheit der Reformen: Das Programm sollte von der neuen Bundesregierung einschließlich seiner Kosten ehrlich kommuniziert und zügig nach der Wahl umgesetzt werden. Stärker als auf einzelne Details wird es dabei auf die „Breite der Front“ ankommen, also ob es gelingt, das Momentum zu nutzen, um möglichst viele alte Zöpfe abzuschneiden und Produktivkräfte freizusetzen. Die Bereitschaft der Bevölkerung zum Wechsel ist da, sie sollte von den Vertretern der Mitte der Gesellschaft schleunigst genutzt werden, bevor andere es tun.

Dieser Beitrag stellt die Meinung der Autoren dar und spiegelt nicht grundsätzlich die Meinung der Hochschule und/oder des KCV wider.

Literatur

- Bauer, A. et al. (2024): IAB-Prognose 2024/2025 – Zähe Wirtschaftsschwäche beeinträchtigt den Arbeitsmarkt, in: IAB-Kurzbericht 19, 23.09.2024.
- Bischoff, I. (2001): Interessenverbände in der Demokratie – Verursacher rückläufiger Wachstumsraten? Hamburg: Verlag Dr. Kovac.
- Bollard, A. (1994): New Zealand, in: Williamson, J. (Hrsg.), The Political Economy of Policy Reform, Washington D.C.: Institute for International Economics, S. 73–110.
- Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.) (2025): Jahresrückblick 2024, Nürnberg, https://www.arbeitsagentur.de/dati/arbeitsmarktbericht-dezember-2024_ba051354.pdf, Zugriff am 10.02.2025.
- Burger, A. & Bretschneider, W. (2021): Umweltschädliche Subventionen in Deutschland. Aktualisierte Ausgabe 2021, Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau.
- Cantner, U.; Cernitzky, J. & Freytag, A. (2024): Sonderwirtschaftszonen als Probelauf für den Strukturwandel, in: Handelsblatt vom 28.10.2024, <https://www.handelsblatt.com/meinung/gastbeitraege/gastkommentar-sonderwirtschaftszonen-als-probelauf-fuer-den-strukturwandel/100083478.html>, Zugriff am 10.02.2025.
- Deregulierungskommission (1991): Marktöffnung und Wettbewerb (zweiter Bericht), Bonn.
- Destatis (Hrsg.) (2025): Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2024 um 0,2 % gesunken, Pressemitteilung Nr. 019 vom 15.01.2025.
- Dittrich, J. (2024): Die Bürokratie ist unerträglich geworden, in: Die WELT vom 21.06.2024, <https://www.welt.de/252056262>, Zugriff am 21.06.2024.
- DRV – Deutsche Rentenversicherung Bund (Hrsg.) (2023): rentenupdate: Zahlen, Daten und Fakten zu aktuellen Rententhemen, Ausgabe #2, November 2023.
- Erhard, L. (1957): Wohlstand für alle, Düsseldorf: Econ Verlag.

- Europäische Union (2024): Draghi Report: The Future of European competitiveness, Brüssel, https://commission.europa.eu/topics/eu-competitiveness/draghi-report_en#paragraph_47059, Zugriff am 10.02.2025.
- Exner, U.; Frigelj, K. & Walter, N. (2025): Wie die Republik wieder auf die Beine kommt – Jetzt melden sich Deutschlands Bürgermeister, in: Die WELT vom 26.01.2025, https://www.welt.de/politik/deutschland/article255158288/Nach-der-Bundestagswahl-Wie-die-Republik-wieder-auf-die-Beine-kommt-Jetzt-melden-sich-Deutschlands-Buergermeister.html?source=puerto-reco-2_ABC-V44.0.C_current_version, Zugriff am 27.01.2025.
- Falck, O.; Mo Guo, Y. & Pfaffl, C. (2024): Entgangene Wirtschaftsleistung durch hohen Bürokratieaufwand, in: ifo Schnelldienst 77 (11), S. 3–11.
- Feld, L.; Fuest, C. M.; Haucap, J.; Wieland, V. & Wigger, B. (2024): Staatseingriffe sind Teil des Problems, nicht der Lösung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17.12.2024.
- Freytag, A. (2023a): Wirtschaftspolitik und Demokratie. Angebotspolitische Antworten auf die drängendsten Herausforderungen der Gegenwart, in: Notar 2023 (12), S. 396–405.
- Freytag, A. (2023b): Zurück zur Vernunft, in: WirtschaftsWoche Heft 48 vom 25.11.2023.
- Freytag, A. & Renaud, S. (2007): From Short-Term to Long-Term Orientation – Political Economy of the Policy Reform Process, in: Journal of Evolutionary Economics 17, S. 433–449. <https://doi.org/10.1007/s00191-006-0049-x>
- Freytag, A. & Schuhmann, S. (2023): Bürokratieabbau durch Sunset-Legislation, in: ORDO, S. 443–469.
- Frondel, M. (2025): Kehrtwende in der Energiepolitik schaffen, in: Wirtschaftliche Freiheit – Das Ordnungspolitische Journal vom 23.01.2025, <https://wirtschaftlichefreiheit.de/wordpress/?p=39114>, Zugriff am 11.02.2025.
- Garnaut, R. (1994): Australia, in: Williamson, J. (Hrsg.), The Political Economy of Policy Reform, Washington D.C.: Institute for International Economics, S. 51–72.
- Gelinsky, K. & Kafsack, H. (2025): Das große Gefecht um den Bürokratieabbau, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26.01.2025, <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/bundestagswahl-2025-das-versprechen-die-parteien-zum-buerokratieabbau-110250020.html>, Zugriff am 11.02.2025.
- v. Hayek, F.A. (1975): Die Anmaßung von Wissen, Wiederabdruck der Nobelpreisrede, in: ORDO: Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft 26, S.12–21.
- Höpner, M. (2007): Ist Politik gegen Verbände möglich? 25 Jahre Mancur Olsons „The Rise and Decline of Nations“, in: Leviathan 35 (3), S. 310–347.
- Ifo (Hrsg.) (2025a): ifo Geschäftsklimaindex gestiegen (Januar 2025), <https://www.ifo.de/fakten/2025-01-27/ifo-geschaeftsklimaindex-gestiegen-januar-2025>, Zugriff am 27.01.2025.
- Ifo (Hrsg.) (2025b): Bundestagswahl 2025 – wirtschaftspolitische Reformvorschläge für Deutschland, in: ifo Schnelldienst 78 (1), S. 3–53.
- IWF – Internationaler Währungsfonds (Hrsg.) (2024): World Economic Outlook Update. The Global Economy in a Sticky Spot, Washington/D.C., Juli 2024.
- John, A. (2025): Viele Probleme in Deutschland sind hausgemacht, in: tagesschau.de, <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/konjunktur/strukturkrise-bip-deutschland-100.html>, Zugriff am 15.01.2025.
- Kasper, W. (1996): Die Befreiung des Arbeitsmarktes: Neuseelands Wirtschaft im Aufschwung, in: Kiel Working Paper 773, <https://hdl.handle.net/10419/47262>.
- Knop, C. (2025): Politische Debatte vernachlässigt zentrale Zukunftsthemen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10.02.2025, <https://www.faz.net/aktuell/rhein-main/frankfurt/im-tv-duell-vernachlaessigen-olaf-scholz-und-friedrich-merz-zentrale-zukunftsthemen-110287111.html>, Zugriff am 11.02.2025.

- Krohn, P. (2025): Ein Unternehmer am Rand des Wahnsinns, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 08.01.2025, <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/die-buerokratie-treibt-einen-unternehmer-an-den-rand-des-wahnsinns-110213895.html>, Zugriff am 15.01.2025.
- Laaser, C. F. & A. Rosenschon (2024): Der Kieler Bundesausgabenmonitor 2024: Eine empirische Strukturanalyse des Bundeshaushalts, in: Kieler Beiträge zur Wirtschaftspolitik 47, Kiel: Institut für Weltwirtschaft.
- Latz, C. (2025): Berlins Regierender warnt vor AfD-Durchmarsch: „Wir haben genau noch einen Schuss frei als demokratische Parteien“, in: Der Tagesspiegel vom 13.01.2025, <https://www.tagesspiegel.de/berlin/berlins-regierender-wegner-warnt-vor-afd-durchmarsch-wir-haben-genau-noch-einen-schuss-frei-als-demokratische-parteien-13012720.html>, Zugriff am 16.01.2025.
- Licht, T.; Maltzan, A. v. ; Unger, B. & Wohlrahe, K. (2025): Was erwarten Unternehmen in Deutschland von der nächsten Bundesregierung?, in: ifo Schnelldienst digital 6 (1), S. 1–10.
- Massey, P. (1995): New Zealand – Market Liberalization in a Developed Economy, London: Palgrave Macmillan.
- Münch, U. (2024): Pessimismus auch mit Blick auf die politische Lage, in: ifo Schnelldienst 77 (3), S. 3–6.
- Müßgens, C. (2025): Die verdrängte Autokrise, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10.02.2025, <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/bundestagswahl-und-verdraengte-autokrise-probleme-bei-vw-spielen-keine-rolle-110282961.html>, Zugriff am 11.02.2025.
- Olson, M. (1982): The Rise and Decline of Nations, Yale: Yale University Press.
- O’Quinn, R. & Ashford, N. (1996): The Kiwi Effect – What Britain can learn from New Zealand, Adam Smith Institute, London.
- Parusel, B. (2024): Jüngste Entwicklungen im Bereich Asyl und Migration in Schweden, in: Kurzdossiers der Bundeszentrale für Politische Bildung, <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/kurzdossiers/556217/juengste-entwicklungen-im-bereich-asyl-und-migration-in-schweden/>, Zugriff am 27.01.2025.
- Raffelhüschen, B. (2025): Rentenversicherung generationengerecht reformieren, in: Wirtschaftliche Freiheit – Das Ordnungspolitische Journal vom 20.01.2025, <https://wirtschaftlichefreiheit.de/wordpress/?p=39058>, Zugriff am 11.02.2025.
- Rebeggiani, L. (2024): Die blockierte Republik. Bürokratie als Wachstumshemmnis in Deutschland, in: Streiflicht VWL 13, Mai 2024, <https://hdl.handle.net/10419/300258>.
- Schlieben, M. (2024): Kanzler mit Kita-Sprache, in: ZEIT Online vom 31.01.2024, <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2024-01/olaf-scholz-juli-zeh-gespraech-potsdam/komplettansicht>, Zugriff am 10.02.2025.
- Schön, W. (2024): Unternehmensteuern endlich vereinfachen!, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13.08.2024.
- Stiftung Arbeit und Umwelt (Hrsg.) (2018): Sonderwirtschaftszonen oder Sonderfördergebiete: Potential für die deutschen Braunkohlereviere? https://www.arbeit-umwelt.de/wp-content/uploads/181207_ig_publicationen_sonderwirtschaftszone_web.pdf, Zugriff am 10.02.2025.
- The Economist (2024), Schumpeter: Does Dallas offer a Vision of Trumpian America?, in: The Economist vom 20.11.2024.
- Vaubel, R. (1991): A Public Choice View of International Organization, in: Vaubel, R. & Willett, T. D. (Hrsg.), The Political Economy of International Organizations – A Public Choice Approach, Boulder u.a.: Westview Press, S. 27–45.
- Weimann, J. (2024): Wir erleben jetzt hautnah, wie Klimapolitik die Basis unseres Wohlstands bedroht, in: Die WELT vom 16.10.2024, <https://www.welt.de/wissenschaft/plus253820512/Energiewende-Wir-erleben-hautnah-wie-Klimapolitik-die-Basis-unseres-Wohlstands-bedroht.html>, Zugriff am 18.10.2024.

- v. Weizsäcker, C. C. (1998): Das Gerechtigkeitsproblem in der Sozialen Marktwirtschaft, in: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 47 (3), S. 257–288.
- Werding, M.; Püschel, V.; Runschke, B. & Schwarz, M. (2024): Realitäten anerkennen, Rente zukunftsfähig gestalten, in: Wirtschaftsdienst 104 (2), S. 77–81.
- Williamson, J. (1994): In Search of a Manual for Technopols, in: Williamson, J. (Hrsg.), The Political Economy of Policy Reform, Washington D.C.: Institute for International Economics, S. 11–28.
- Williamson, J. (2008): A Short History of the Washington Consensus, in: Serra, N. & Stiglitz, J. E. (Hrsg.), The Washington Consensus Reconsidered. Towards a New Global Governance, Oxford, S. 14–30.

Folgende Veröffentlichungen sind bisher in dieser Reihe erschienen:

Streiflicht VWL, Nr. 14 (Juni 2024), Kladroba, A.: [Die Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit auf Männer und Frauen: Eine politische Diskussion.](#)

Streiflicht VWL, Nr. 13 (Mai 2024), Rebeggiani, L.: [Die blockierte Republik: Bürokratie als Wachstumshemmnis in Deutschland.](#)

Streiflicht VWL, Nr. 12 (Mai 2023), Lerch, A.: [Klimapolitik 2023: Widersprüchliche Signale.](#)

Streiflicht VWL, Nr. 11 (April 2023), Clauss, M., Pöllmann, G. und von Jan, S.: [Erfüllen Kryptowährungen die elementaren Geldfunktionen?](#)

Streiflicht VWL, Nr. 10 (März 2023), Reichel, R.: [Determinanten der Umweltqualität: Wohlstand und marktwirtschaftliche Umweltqualität.](#)

Streiflicht VWL, Nr. 9 (April 2022), Rebeggiani, L.: [Les jeux sont faits – Eine ordnungspolitische Analyse des Glücksspielstaatsvertrages von 2021.](#)

Streiflicht VWL, Nr. 8 (September 2021), Altmiks, P.: [Die 10. GWB-Novelle – die passende Antwort auf digitale Vermachtung?](#)

Streiflicht VWL, Nr. 7 (September 2021), Clauss, M., Pöllmann, G.: [Europas Unternehmenssektor im Wandel – Eine evolutionsökonomische Analyse zum sich ändernden Sektorenmix.](#)

Streiflicht VWL, Nr. 6 (April 2021), Kladroba, A.: [Regionale Disparität von Forschung und Entwicklung: Was hat sich in den Jahren verändert?](#)

Streiflicht VWL, Nr. 5 (März 2021), Fritsche, C.: [The Expected Impact of COVID-19 on the Housing Market.](#)

Streiflicht VWL, Nr. 4 (Juli 2020), Reichel, R.: [Zur Wirksamkeit der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank.](#)

Streiflicht VWL, Nr. 3 (Mai 2020), Clauss, M., Pöllmann, G.: [Deflation oder Inflation? Zur Auswirkung der Corona-Krise auf die Entwicklung des Preisniveaus und die Folgen für die Kapitalmärkte.](#)

Streiflicht VWL, Nr. 2 (April 2020), Wohlmann, M., Rebeggiani, L. und Wilke, C.: [Was kommt nach dem großen Shutdown? Die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise.](#)

Streiflicht VWL, Nr. 1 (März 2020), Wohlmann, M., Rebeggiani, L.: [Fluch und Segen globaler Wertschöpfungsketten angesichts der aktuellen Coronavirus-Krise.](#)